

## **Die Chancen neuer sozialer Bewegungen unter dem Einfluß zunehmender Individualisierung**

---

Dr. Thomas Leif, geb. 1959, Studium der Politikwissenschaft, Publizistik und Pädagogik in Mainz und Frankfurt, ist Fernsehjournalist, Mitherausgeber und Redaktionsmitglied der Zeitschrift „Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen“.

### Bewegungskonjunkturen

Die längst totgesagte Friedensbewegung erlebte mit dem Kriegsausbruch am Golf einen neuen Aufschwung. Das plötzliche Aufbegehren in einer Zeit, in der mehr über das Verteilen der „Friedensdividende“ als über drastische „Steuererhöhungen“ für einen „Krieg ums Öl“ debattiert wurde, kam eher überraschend. Aber die neue Friedensbewegung - das Konglomerat aus Angst, Wut und Ohnmacht - konnte auf das Engagement vieler Individuen bauen. Niemand trieb sie auf die Straße, ein latent vorhandenes Protestpotential drängte erst nach den Luftangriffen auf Bagdad zur Sichtbarkeit. Der Friedensstillstand der Bewegung war beendet.<sup>1</sup> Ende Januar 1991 standen wieder etwa 300 000 Demonstranten auf der Bonner Hofgartenwiese. Drei Stunden, in der Kälte hörten sie heiße Anti-Kriegs-Musik von den „Deserteuren“. Kurz bevor der Rockstar Herbert Grönemeyer seinen Hit „Angst“ ins Mikrophon schrie und damit die vorherrschende Stimmung aufnahm, erklärte er, was ihm durch den Kopf ging, als er die plötzlich protestierenden Schüler, die schweigenden Christen und mahnenden Bürger auf den Straßen sah. „Was bist du für ein träger Hund, daß du deinen Hintern nicht hochkriegst. Was hast du schon für Mechanismen, mit Ängsten umzugehen. Wie verarbeitest du das? Was ist schon verloren gegangen, schon verschüttet an Wachsamkeit?“ Diese sozialpsychologische Gemengelage aus Bildschirm-Wissen, akuter Betroffenheit und gleichzeitiger Distanz zum fernen Krieg charakterisiert wohl die Motivation vieler Demonstranten.

Die Angst war schon im Oktober 1981 ein wichtiger Antrieb gewesen, die 300 000 zu einer Demonstration zusammenführte und damit der vorher als „antiamerikanisch“ und „gewaltbereit“ gescholtenen Friedensbewegung zum öffentlichen Durchbruch verhalf. 1991 verfehlten die Diffamierungen zum Teil ihre Wirkung: zumindest waren die Fenster der Geschäfte in der Bonner Innenstadt nicht mehr verbarrikadiert.

Die größte Bewegung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland<sup>2</sup> kam - damals wie heute - nicht wie Phönix aus der Asche, sondern hatte Vorläufer. Die Stagnation der Abrüstungsverhandlungen, die Sackgasse der Rüstungskontrollpolitik mündeten in einen „Nato-Nachrüstungsbeschluß“ mit der Option, einen Krieg führbar zu machen. Die Kalte-Kriegs-Rhetorik Ronald Reagans und sein scharfer Abgrenzungskurs gegenüber der Sowjetunion begünstigten den Aufschwung der Friedensbewegung. Erstmals bündelten die Anti-Atomkraft-, die Ökologie-, Frauen- und Dritte-Welt-

---

1 Vgl. dazu die ersten brauchbaren Analysen in der Februar-Ausgabe der Zeitschrift *graswurzerrevolution* Nr. 153/1991 und *antimilitarismus-informationen*, 2/1991. Eine Sonderausgabe des *Friedensforums* (1/91) wurde Ende Februar 1991 vom Netzwerk *Friedenskooperative* herausgegeben und dokumentiert: Reden, Presseberichte und Analysen zur Demonstration vom 26. Januar 1991.

2 Ausführliche Analyse in: Thomas Leif, *Die strategische (Ohn-)Macht der Friedensbewegung. Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen in den achtziger Jahren*, Opladen 1990.

Bewegung ihre Motive und schufen so einen gesellschaftlichen Machtfaktor, der tiefe Spuren und langfristige Wirkungen hinterlassen hat, von denen die jetzt wieder erwachte Anti-Kriegs-Bewegung profitiert. Ohne die stabilen Bezüge in den Überresten der einstmalig gut 4 000 Friedensinitiativen und ohne ihren von Erfolgen und Niederlagen geprägten Erfahrungsschatz wäre die Mobilisierung im Januar 1991 nicht möglich gewesen. Ohne die mühsamen Recherchen und die gründlichen Analysen kleiner, jahrelang unbeachteter Gruppen zum staatlich gestützten Rüstungsexport würden heute viele Argumente in der aktuellen Debatte fehlen. Bewegungen müssen folglich mit ihrer historischen Perspektive und in ihrem aktuellen Bezugssystem gesehen werden.

Die Großdemonstration Ende Januar 1991 wurde vom Deutschen Gewerkschaftsbund unterstützt, der allerdings einen eigenen Aufruf veröffentlichte. Die drei Millionen Flugblätter, die der früher oft unbewegliche Apparat flugs in Umlauf brachte und die kräftige Finanzspritze waren trotzdem willkommen. Durch die Beteiligung der Gewerkschaften, die zu Beginn der achtziger Jahre die Friedensbewegung nur zögernd unterstützt hatten, ist eine politische Trendwende markiert. Positionen gegen den Krieg als Mittel der Politik werden gesellschaftlich breiter diskutiert, der Widerstand ist weiterverzweigter organisiert. Würden die Grünen und die Sozialdemokraten im Europaparlament, in den Landtagen, im Bundestag und Bundesrat diese Gedanken und Argumente einbringen, dann wären die Anliegen der Bewegung auch in den parlamentarischen Prozeß eingespeist. Wie in den achtziger Jahren würden sich die zur Zeit noch widersprüchlichen Aussagen der Parteien dann ebenfalls verändern. Diese Entwicklung hatte der Friedensbewegung nicht geschadet, sondern ihr Profil als politikgestaltete Kraft positiv geprägt, denn außerparlamentarische Arbeit ist kein Selbstzweck.

Ein spezifisches Kennzeichen der neuen Friedensbewegung ist die starke Beteiligung von Schülern, die vielfach den Unterricht von der Schule auf die Straße verlagerten. Paradoxe Weise wurden diese Proteste nicht von den meist in die Bedeutungslosigkeit versunkenen Schülervertretungen oder anderen Bewegungs-Netzwerken organisiert. Selbstmobilisierung und Selbstregulierung kennzeichnen den Protest der Jugendlichen, die jahrelang von der sozialwissenschaftlichen Forschung als „Konsum-Kids“ geschmäht und von engagierten Eltern und gewerkschaftlich organisierten Lehrern als „passiv“ abgeschrieben wurden.

Was haben diese überraschenden Mobilisierungsprozesse neuen Stils und rigider Moral mit zunehmender Individualisierung und Politikdistanz zu tun? Offensichtlich sind theoretische Großentwürfe nicht in der Lage, diese widersprüchlichen Entwicklungen schlüssig zu erklären. Die Hypothese, daß der Trend zur Individualisierung das Protestverhalten eindämme, könnte eher am Beispiel der Anti-Kernkraft-Bewegung (AKW) bestätigt werden. Deren Aktionsradius und Mobilisierungsfähigkeit nahm nach dem Reaktor-Unfall in Tschernobyl kontinuierlich ab.<sup>3</sup> Der staatliche Rückzug aus der Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen (WAA in Wackersdorf), das Ende des schnellen Brütens in Kaikar, die juristischen (Teil-)Erfolge (beispielsweise beim AKW-Mühlheim-Kärh'ch) und schließlich die Ausstiegstendenzen der rot-grünen Landesregierungen in Niedersachsen und Hessen nahm vielen Aktiven und Sympathisanten den Wind aus den Segeln. Die Mobilisierungsnotwendigkeit konnte ohne die Angst vor der GAU-Gefahr immer mühsamer nachgewiesen werden.

Die Ökologiebewegung stößt auf überwältigende Sympathie und hat enormen Zulauf. Kleine Gruppen arbeiten an überschaubaren, zielorientierten Projekten, verzichten auf FCKW und Alu-Folie, hören den Rocksänger Sting, der musikalisch mit

<sup>3</sup> Vgl. die Studie von Opp und Roehl, Der Tschernobyl-Effekt. Eine Untersuchung über die Ursachen politischen Protests, Opladen 1990.

ihnen für den Regenwald kämpft, wollen ohne Stau, Burger und Plastikteller leben. Greenpeace (ein Verein mit 25 Mitgliedern) profitiert von diesen Aktionen und treibt fast 50 Millionen Mark Spenden im Jahr ein. Der BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz) motiviert sogar Umweltminister Töpfer und viele besorgte Umweltschützer zu einer Mitgliedschaft und verzeichnet jeden Monat 500 Neuzugänge. Die Tatsache, daß Greenpeace eine Kindergruppe namens „Greenteam“ aus der Taufe gehoben hat und die Junge Union mit ihrem Verein „Frischluff“ eine konservativ-ökologisch inspirierte Kinderorganisation aufbaut (als direkte Konkurrenz zur sozialistischen Jugend - Die Falken) zeigt, daß die Ökologie als Mobilisierungsmagnet in allen gesellschaftlichen Sektoren geschickt eingesetzt wird. Die Naturschutzjugend im Deutschen Bund für Vogelschutz, die BUNDjugend, der Deutsche-Panda-Club (WWF) oder beispielsweise die Aktion Ameise organisieren an die 100 000 Mitglieder - mit steigender Tendenz. Beim Thema „Umwelt“ treffen sich individuelle und gesellschaftliche Faktoren und fördern offensichtlich eine spezifische Mobilisierungsfähigkeit.

Die Erfolge der Frauenbewegung werden heute selbstverständlich positiv wahrgenommen. Im Dickicht von Quoten, Frauenförderplänen, kommunalen Gleichstellungsstellen sowie angesichts der zunehmenden symbolischen Plazierung von Frauen in wichtige öffentlichkeitswirksame Funktionen geraten die noch nicht breit diskutierten Ideen der Bewegung und ihre weitergehenden - für Männer schmerzhaften - Forderungen ins Abseits. Die Institutionalisierung von Verfahren und Anliegen hat gerade im Fall der Frauenbewegung zur Delegation von Engagement und Verantwortung geführt. Weil alle Parteien die etablierten Themen der Frauenbewegung in ihre Programmatik einspeisen, fühlen sich viele zwischen dem „Süssmuth-Effekt“ und den rivalisierenden (sozialdemokratischen, grünen, liberalen oder autonomen) Frauen gut aufgehoben. Indem der Bewegungsdiskurs öffentlich und kontrovers geführt wird, fällt der individuelle Rückzug ins Privatleben leichter. Das Thema ist ja „in aller Munde“. Der Beobachterstatus aus informierter und interessierter Distanz reicht vielen offensichtlich aus.

Die vor Jahren stark beachteten Häuserkämpfe, die schon reichlich angestaubte Jugendzentrumsbewegung, die „Nicaragua-geschockte“ Dritte-Welt-Bewegung oder andere politisch motivierte Bewegungen haben Patina angesetzt. Von ihrer engagierten Vergangenheit konnte kaum etwas in die Gegenwart gerettet werden. Viele Themen und Probleme sind zum Allgemeinut geworden. Mit dieser Entwicklung ist jedoch keine Zukunftsprognose der einzelnen Bewegungen verbunden.

#### Mobilisierungskonjunkturen und bewegungsnahe Jugendverbände

Das widersprüchliche und zerklüftete Erscheinungsbild der Neuen Sozialen Bewegungen kann auch auf die „bewegungsnahe“ Jugendverbände im intermediären Sektor übertragen werden, auch wenn soziale Bewegungen und Organisationen sich in einigen zentralen Punkten grundlegend unterscheiden. Eine Organisation als „zielgerichtetes soziales System“ hat permanent vier Problemkreise zu bewältigen: Integration/Geschlossenheit der Mitglieder; Grenze zur Umwelt wie wechselseitige Beziehungen (Abgrenzung nach außen); Selbsterhaltung; Zielerreichung. Organisationen arbeiten mit Struktur- und Rollendifferenzierungen, stützen sich auf einen Mitgliederkreis und orientieren mit ihren Inhalten und Strukturen auf bestimmte Zwecke und Ziele. Soziale Bewegung ist dagegen „ein mobilisierender, kollektiver Akteur, der mit einer gewissen Kontinuität auf der Grundlage hoher symbolischer Integration und geringer Rollenspezifikation mittels variabler Organisations- und Aktionsformen das Ziel verfolgt, grundlegenden sozialen Wandel herbeizuführen, zu verhindern, oder rückgängig zu machen.“<sup>4</sup> Obgleich zwischen Bewegungen und Organisationen grundle-

---

4 J. Raschke, Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß, Frankfurt/M. 1985, S. 77.

gende Trennungslinien bestehen, gibt es auch Übereinstimmung und verwandte Arbeitsprinzipien.

Vom Druck der sozialen Bewegungen profitieren auch traditionelle Organisationen: An den zentralen, von den Bewegungen aufgeworfenen Zukunftsfragen können sich selbst etablierte Organisationen nicht vorbeimogeln. Sie nehmen die Zukunftsthemen der „Straße“ in milieuspezifischer Sprache und tradiertem Stil in ihre Gruppenprozesse auf. Stimmungen, Ängste, Trends und Moden bestimmen das Barometer der Proteste und des Engagements für einzelne Themen. Klammert man die Anti-Kriegs-Bewegung aus, ist das Protestklima zu Beginn der neunziger Jahre - und damit die Chancensstruktur der Neuen Sozialen Bewegungen - derzeit extrem ungünstig, auch die spezielle Situation angesichts des Golfkrieges kann diese generelle Entwicklung nicht überstrahlen. Zahlreiche mobilisierungsträchtige Themen und Ereignisse werden auf offiziellen Bühnen verhandelt, debattiert, entschärft und somit von der Straße in reservierte Räume verlagert. Viele mittlerweile populäre Forderungen (Umwelt, Gleichberechtigung der Frau, „Frieden mit immer weniger Waffen“, Verkehr, Energie, Abfall...) gehören heute zum Allgemeingut aller etablierten Parteien und Verbände. Die Konkretisierung und Umsetzung dieser Positionen und Programme wird künftig die Diskurse über diese Zukunftsthemen prägen. Das Augenmerk wird dann nicht mehr auf die rhetorischen Unterschiede, die Klangfarbe der erhobenen Forderungen, sondern auch auf Ad-hoc-Koalitionen zur pragmatischen Problemlösung quer zu den herkömmlichen Denkmustern zu richten sein.

Indem sich etablierte Organisationen der Themen der Bewegungen bedienen, erzeugen sie eine ambivalente Position: einerseits ist die offizielle Beschäftigung mit den Bewegungsthemen Ziel der Aktiven, andererseits wird ihnen so der Wind aus den Segeln genommen. Apathie, Demotivation und die Mentalität „eh nichts ändern zu können“ verquicken sich zu einer kultivierten Passivität, die teilweise zynisch-intellektuell verarbeitet wird. Auf diese Weise haben sich die Ressourcen, Spielräume und Antriebskräfte der Bewegungen nach ihrem Hoch zu Beginn der achtziger Jahre kontinuierlich verschlechtert.

Von der ungünstigen politischen Protestkonjunktur sind sowohl Bewegungen als auch Jugendverbände betroffen. Die Folgen der politischen De-Mobilisierung und der parallel dazu verlaufenden Prozesse einer hochgradigen Individualisierung und Differenzierung von Interessen und pluraler Lebensstile sind fatal: Oft wird in kleinen Fluchten gelebt; der kurze hedonistische Ausbruch praktiziert, der Lauf der Dinge zynisch-witzig von der Tribüne aus beobachtet. Perspektiven und Parolen sind nur noch auf T-Shirts zu lesen, erhältlich im Abo einer Werbeagentur, die die Fangemeinde monatlich mit neuen Motiven versorgt. Dagegen-Sein gehört zum Lebensgefühl. Dagegen-Protestieren ist zuviel. Bekenntnisse, kleine Zeichen, Symbole, Sympathie für Greenpeace oder eine Anti-FCKW-Kampagne - ja; Haltungen, konkrete Aktionen und kontinuierliches Arbeiten ist nur noch die Sache kleiner, versprengter Gruppen.<sup>3</sup>

Der Niedergang des Engagements hat seine Geschichte. Der sogenannte „vor-politische Raum“ schrumpft seit Jahren und wird bald nicht mehr existieren. Immer häufiger gibt es keine funktionierende Schülervertretung, Schülerzeitung und Jugendvertretung mehr. Zwischen konventionell organisierten Jugendlichen und Mitstreitern in den Neuen Sozialen Bewegungen gibt es natürlich viele Übereinstimmungen im Wertgefüge und in der Protest- beziehungsweise Partizipationsbereitschaft.

<sup>3</sup> Vgl. A. Hirschmann, Engagement und Enttäuschung, Über das Schwanken der Bürger zwischen Privatwohl und Gemeinwohl, Frankfurt 1984. Unentbehrlich zur Einschätzung der gewaltbereiten autonomen Szene ist das Buch von Geronimo, Feuer und Flamme. Zur Geschichte und Gegenwart der Autonomen, Berlin/Amsterdam 1990.

So sympathisieren mit

	BRD-Schüler	DDR-Schüler
Bürgerinitiativen	16 %	28 %
Frauenbewegung/Feministin	25 %	40 %
Friedensbewegung	60 %	76 %

(Quelle: Presseinformation der Deutschen Shell, 4. Oktober 1990,3)

Eine Studie kommt aufgrund der Auswertung zahlreicher Umfragen zu dem zusammenfassenden Ergebnis: „Es war . . . immer noch mindestens jeder dritte bis hin zu jedem zweiten der jungen Generation, für den diese grundsätzliche Sympathie mit den NSB (Neue Soziale Bewegungen) zutraf.“<sup>6</sup> Weitere empirische Hinweise zum Themenfeld „Jugend und Protest“ liegen kaum vor. Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß höherer Bildungsgrad und Mittelschichtorientierung günstige Faktoren für die Mobilisierung sind, die die Protestbereitschaft fördern: „18 + Abi + Mittelschicht = Aktivgruppe.“

Der Niedergang der Mitgliedsverbände des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR) ist alarmierend. Die Überalterung der Leitungsstrukturen, der Verzicht auf plebiszitäre Elemente, ein zu eng gefaßter Mitgliederbegriff, der Verzicht auf eine bedürfnisorientierte Angebotspalette veranlaßt viele zu einer realistischen Neudefinition des Mandats der Jugendverbände unter Berücksichtigung der Leistungen der Neuen Sozialen Bewegungen. Diese Krise könnte auch als Chance genutzt werden, Arbeitsweise, innere Demokratie, Programm und Zielgruppen der eingefahrenen Jugendverbände zu überdenken. Ohne eine ersthafte Demokratisierung können die Jugendverbände sich auf Dauer nicht gegen die Konkurrenz von Initiativen, autonomen Gruppen und kommerziellen Angeboten behaupten. Zwischen Apathie und Engagement anderer werden sie - ohne wiedergewonnene Legitimationsgrundlage - ausgetrocknet.

Im Bundesjugendplan wurden 1990 122,2 Millionen Mark für die „Jugendarbeit“ ausgewiesen (1991180 Millionen). Der Plan ist insgesamt das Spiegelbild klientelistischer Betreuung der Zielgruppe „Jugend“ und Produkt der lobbyistischen Politik der Verbandsfunktionäre. Grundlegende Impulse und kreative Denkansätze zur Umverteilung dieses Planes gibt es nicht. Die Status-quo-Sicherung überlagert langfristig orientierte Perspektiven für eine neue Finanzstruktur. Nur der gefürchtete „FNL-Effekt“ kann Bewegung in diese innovationshemmende Förderpolitik bringen. Die fünf neuen Bundesländer werden (mit Unterstützung der neuen Ost-Ministerin Merkel) ihre Ansprüche geltend machen. Wenn es ums Umverteilen geht, sind Pfründe in Gefahr. Nicht nur die „neuen“ Verbände fragen zugespitzt: Warum sollen in Zukunft weiter die Zuschüsse an diejenigen gehen, die ohnehin nur eine begrenzte, immer kleiner werdende Gruppe Jugendlicher überhaupt erreichen? Müssen die Geldströme künftig nicht umgeleitet werden, damit emanzipatorische Jugendarbeit von neuen und alten Trägerorganisationen und Bewegungen ein stärkeres Gewicht erhält?

Im Zuge dieser Entwicklung wird die althergebrachte Zusammensetzung des Bundesjugendrings nicht so bleiben, wie sie ist. Die von einigen Verbandsführern in die Debatte geworfene Idee, die politischen Jugendverbände (incl. des Lobbyfaktors Junge Union) in den DBJR einzubeziehen und gleichzeitig die historisch überholten Verbände auszuwechseln, wird eine Selbstverständnisdiskussion im DBJR auslösen. Auch hier wird sich zeigen, daß die Zeit nicht stehenbleibt. Neue Situationen können nicht nur mit alten Erfahrungen bewältigt werden. In einer auf konkrete Projekte bezogenen Jugendarbeit und einem Lernen von den Erfolgen der Bewegungen liegt der entscheidende Umkehrpunkt in der Zukunft. Ohne Reform an Haupt und Gliedern werden die Jugendverbände bald historische Erinnerungsposten sein.

<sup>6</sup> K. J. Scherer, Jugend und soziale Bewegung. Zur politischen Soziologie der bewegten Jugend in Deutschland, Opladen 1988, S. 190.

### Lähmt Individualisierung die Bewegungen?

Wenn man versucht, die einzelnen Faktoren der Individualisierung mit ihren möglichen Auswirkungen auf die Entfaltung von Engagement und Protest in Beziehung zu setzen, ergibt sich ein disparates Bild. Unabhängig von dem Grad der Individualisierung werden die bisher selbst gemachten oder vermittelten Erfahrungen von Protesten die künftige Intensität von Aktivität oder Passivität bestimmen. Die (dialektische) Beziehung von Engagement und Enttäuschung wird von dem Faktor Individualisierung möglicherweise beschleunigt. Die Studie „Konstitution und Zerfall jugendlicher Aktionsgruppen. Engagement und Enttäuschungsverarbeitung in Bezugsgruppen der Friedensbewegung“ kommt zu dem Ergebnis: „Zwischen Resignation und Routinisierung gibt es eine dritte Reaktionsmöglichkeit: Um der Gefahr der eigenen Radikalisierung zu entgehen, ziehen sich einige Teilnehmer zeitweise aus dem politischen Engagement zurück und verlagern ihre Aktivitäten auf andere Bereiche.“<sup>7</sup> Diese „Handlungspausen“ dienen der Identitätsstabilisierung und fügen sich in das Bild der im Januar 1991 abgeschlossenen Latenzphase der Friedensbewegung. Die historischen Lernerfahrungen spielen bei der Entfaltung des Protests also eine zentrale Rolle.

Die immer wieder zitierte Ausweitung und Öffnung des Bildungsangebots förderte nicht nur die Individualisierung, sondern auch generell den Informationsstand und die Entscheidungs- und Analysekompetenz der Individuen. Eine Folge des höheren Bildungs- und Wissensstand ist der kalkulierte Einsatz von Ressourcen, gekoppelt mit einer präzisen nüchternen Einschätzung, bei welchen Themen und an welcher Stelle welcher Druckfaktor erfolgreich sein könnte. Dieses aufgeklärte Protesthandeln und Wissen um die Grenzen der möglichen Intervention führt zum bewußten Einsatz der vorhandenen Kräfte. Mit den zunehmenden Schließungstendenzen des politischen Systems, dem Anwachsen von Korruption und alltäglichen Skandalen, den Karrieren von Politiker-Typen à la Barschel sowie der unsentimentalen Einschätzung der relevanten Lobby-Mächte reduziert sich die Chancenstruktur des Engagements. Argumente für den zynischen Rückzug oder die Übernahme eines politischen Beobachterstatus steigen rapide.

Weil die subjektiven Faktoren des Engagements nicht unterschätzt werden dürfen, kann Protest selbst bei schwachen Erfolgsaussichten individuell sinnvoll sein. Es muß also von einer komplexen Motivstruktur ausgegangen werden: „Wichtiger als Interessen, Ziele und politisches Bewußtsein und wichtiger auch als materielle Anreize sind für das Engagement in sozialen Bewegungen möglicherweise vor allem soziale und psychische Anreize, die Möglichkeit zur Befriedigung expressiver Bedürfnisse sowie der Reiz außeralltäglicher Erfahrungen und Erlebnisse: Gemeinschaftserlebnisse und Solidaritätserfahrungen, Prestigegewinn und soziale Anerkennung; Machtgefühle und das Erlebnis historischer Bedeutsamkeit; idealistische Hoffnungen und das Gefühl moralischer Überlegenheit etc. In spektakulären Aktionen können diese außeralltäglichen Erlebnisse und Sinnerfahrungen vermittelt werden.“<sup>8</sup> Bewegungen als Marktplatz unerfüllter Wünsche und Sehnsüchte? Diese expressiven Bedürfnisse hatten immer ihren Platz im Protestzyklus der Bewegungen - von der „Kommune I“ über „Why!“ bis hin zu den Demos, Blockaden und Gebeten gegen den Golfkrieg. Aktiv werden kann auch den Sinn haben, Angst zu vertreiben, Wut abzulassen, ein Ventil für Frustrationen zu lösen, und so die labile psycho-soziale Situation durch Gemeinschaftserlebnisse auszudrücken oder gar zu stabilisieren.

7 R. Eckert u. a., Konstitution und Zerfall jugendlicher Aktionsgruppen. Engagement und Enttäuschungsverarbeitung in Bezugsgruppen der Friedensbewegung, Forschungsbericht für das BMJFG, Bonn 1986, S. 362.

8 Ebda, S. 366.

Die oft im Zusammenhang mit der Individualisierungs-These diskutierte Anonymisierung und Isolierung könnte zudem durch die Arbeit in Gruppen reduziert werden. Durchaus „unpolitische“ Motive können folglich den Weg zu den offenen, informell strukturierten Basisgruppen ebnen. Die Nestwärme und die Solidaritätserfahrungen in den Protestgruppen könnten demnach die negativen Folgen der Individualisierung ausgleichen. Freiräume, Kontaktmöglichkeiten, ohne Konkurrenz und Leistungszwang - als Alternative zu den Zwängen der Moderne.

Die mit der gesellschaftlichen Modernisierung verknüpfte berufliche Mobilität erschwert tendenziell politisches Engagement, weil Monate ins Land ziehen, ehe die Umzügler wieder Wurzeln geschlagen haben und die politische Infrastruktur des neuen Standortes kennen sowie ein neues Kontaktnetz geknüpft haben. Die erhöhte Zeitflexibilisierung beziehungsweise Zeitsouveränität und die generelle Ausweitung von freier Zeit können sich jedoch auch günstig auf die Ausdehnung des individuellen Engagements in Bewegungen oder Verbänden auswirken.

Das Spektrum von biographischen Optionen und Wahlmöglichkeiten hat sich für den einzelnen Jugendlichen ohne Zweifel erhöht. Diesem Individualisierungsschub stehen jedoch Zwänge gegenüber. Die Verschärfung von Leistungs-, Konkurrenz- und Karrieredruck und die Nichtkalkulierbarkeit von Berufsplänen nach einer langen Ausbildungszeit führen zu Überlastung und Überforderung sowie gravierenden Statusunsicherheiten. Dieser Prozeß der Zwangsindividualisierung reduziert die Bereitschaft und Möglichkeit, sich politisch einzumischen und vorhandene Partizipationsangebote zu nutzen.

Insgesamt ergibt sich ein ambivalentes Bild. Die vermehrten Auswahl-Chancen und die positiven Auswirkungen der Individualisierung für die Neuen Sozialen Bewegungen liegen auf der Hand. In diese Chancenstruktur sind jedoch zahlreiche Risiken - auch des persönlichen Rückzugs und der Passivität - eingelagert. Symptome von Enttäuschung und Frustration als Folge politischer Undurchlässigkeit und erlittener Niederlagen sind zudem weit verbreitet. Wohin der Individualisierungsprozeß schließlich führen wird, läßt sich heute noch nicht abschließend feststellen. Die beschriebenen Tendenzen dürfen jedoch von den Organisationen und Bewegungen nicht weiter ignoriert werden.